



Bildungspolitik aktuell: Stärkung der Bildung muss sich im Haushalt spiegeln

Die Planungen des Senats, bis 2025 2.000 zusätzliche Ausbildungsverträge zu schaffen, sind nur zu erreichen, wenn alle Partnerinnen und Partner entlang ihrer Zuständigkeit und der gesamten Bildungskette ihren Beitrag leisten – auch das Land selbst. Dafür müssen im Haushalt 2024/25 die richtigen Weichen gestellt werden.

BEITRAG IM BÜNDNIS FÜR AUSBILDUNG LEISTEN

Mit dem Koalitionsvertrag hat das Land eine klare Erwartung formuliert: 2.000 zusätzliche Ausbildungsverträge bis 2025 oder Einführung einer Zwangsabgabe auf Kosten der Wirtschaft. Die Sinnhaftigkeit dieser Einführung ist weiterhin infrage zu stellen. Um den Ausbildungsmarkt ganzheitlich zu stärken, muss auch das Land Mittel für die Schaffung und Bewerbung von Ausbildungsplätzen vorsehen.

JUGENDBERUFSAGENTUR WIRKSAM STÄRKEN

Damit aus Plätzen Verträge entstehen und mehr als 12 Prozent der gemeldeten Ausbildungsinteressierten Nachvermittlungsangebote, wie das der LastMinuteBörse nutzen, müssen Suchende besser erreicht werden. Die Zielvereinbarung des Landes mit der Bundesagentur für Arbeit sollte daher Maßnahmen und Kennzahlen beinhalten, die es der Jugendberufsagentur Berlin (JBA) ermöglichen, zu einem Dienstleister aus einer Hand zu werden, mit dem Fokus: Steigerung der Erreichbarkeit Jugendlicher inkl. aufsuchender Beratung, Coaching und Vermittlung im Bewerbungsprozess sowie verbesserte Strukturen in den Schulen und an der Schnittstelle zur JBA.

STRUKTUREN FÜR BERUFSORIENTIERUNG NUTZEN

Für erfolgreiche berufliche Orientierung bedarf es belastbarer Netzwerke zwischen Schulen und Unternehmen. Mit dem Projekt PSW (Partner Schule Wirtschaft) gibt es bei den Akteuren eine etablierte Schnittstelle, die deutlich mehr als bislang zur Stärkung der Berufsorientierung beitragen kann. Der Haushalt sollte dieses Potenzial verstärkt nutzen.

11. PFLICHTSCHULJAHR ERFOLGREICH AUSRICHTEN

Für Jugendliche, die nach der Schule aus dem Beratungsnetz fallen, muss das 11. Pflichtschuljahr anschlussorientiert ausgestaltet und im Haushalt berücksichtigt werden. Die im Haushalt eingeplanten Ressourcen für die Bildungs-

gangbegleitung sind richtig und müssen für intensives anschlussorientiertes Coaching der Jugendlichen während der Praxisphase und Bewerbung eingesetzt werden. Außerdem braucht es mehr Ressourcen für die „Berufsvorbereitende Sprachpraxis“. Ausreichende Sprachkenntnisse sind elementar für das erfolgreiche Einmünden und Absolvieren einer beruflichen Ausbildung.

BERUFSAUSBILDUNG ANGEMESSEN FÖRDERN

Zur Erreichung von +2000 Ausbildungsverträgen sollten Betriebe dabei unterstützt werden, vermehrt junge Erwachsene mit weniger guten Startbedingungen eine Chance zu geben und erfolgreich zum Abschluss zu führen. Daher ist es für die Wirtschaft unverständlich, dass die Landesmittel bei den Zuschüssen zur Förderung der Berufsausbildung im Land Berlin um über 500.000 Euro gekürzt werden. Die Kürzung geht zu Lasten benachteiligter Zielgruppen und engagierter Ausbildungsunternehmen.

WOHNRAUM FÜR AZUBIS UNTERSTÜTZEN

Um dem Mangel an Wohnraum für Auszubildende entgegenzuwirken, sollte das Bundesförderprogramm „Junges Wohnen“ zu mindestens 50 Prozent für Azubiwohnen genutzt und mit mehr als den vorgeschriebenen 30 Prozent Landesmitteln bezuschusst werden. Nicht zuletzt muss Azubiwohnen künftig auch beim Stadtentwicklungsplan Wohnen sowie im Rahmen des normalen Wohnungsbaus und der Planungen für neue Quartiere mitgedacht werden.

ANSPRECHPARTNERIN 

Anne Neidhardt

Telefon: +49 30 31510-838

E-Mail: anne.neidhardt@berlin.ihk.de